

Wohnbau pocht auf die TV-Pauschale

STREITFALL Ob sie den angebotenen Fernsehanschluss nutzen oder nicht: Die Demo-Bewohner müssen bezahlen. Dagegen wollen sich nun einige wehren.

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED
CHRISTIAN BROSSMANN

Coburg - Fünf Euro Monatspauschale für den Fernsehempfang. Eigentlich müssten die Bewohner des Demo doch froh sein, könnte man meinen. Doch viele Haus- und Wohnungseigentümer treibt nicht die günstige Pauschale um, sondern ihr Wunsch frei zu wählen, mit wem sie einen Vertrag schließen.

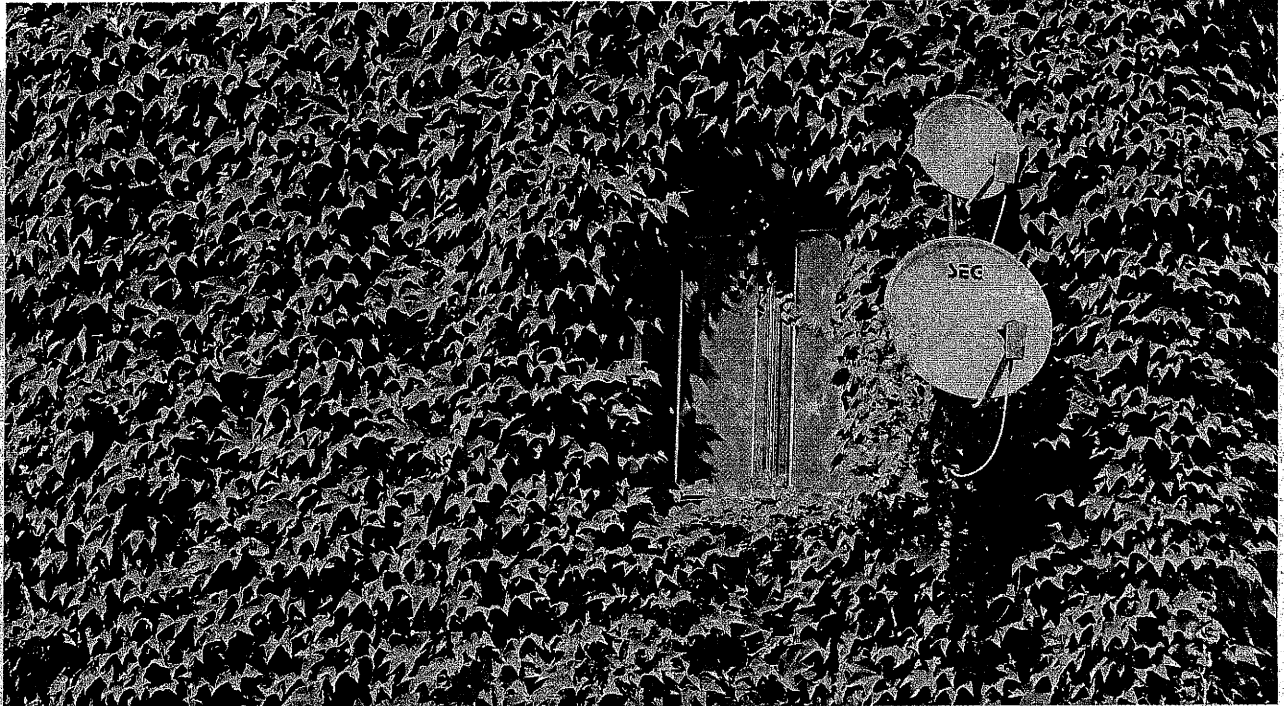
Worum geht es? Als das „Demonstrativbauvorhaben“ rund um den Heimatrang in den 60er-

„Es muss doch ein Kündigungsrecht möglich sein!“

Edmund Frey
Demo-Anwohner

Jahren entstand, sollte es ökologisch, ökonomisch und sozial etwas Besonderes sein. Dazu wurden für die Erwerber der Immobilien verschiedene Auflagen formuliert: zum Beispiel keine Garagen an den Wohnhäusern, keine separaten Antennen, einheitliche Fassadengestaltung.

Ein Punkt, der jetzt für Diskussionstoff sorgt, ist die festgelegte Bereitstellung der TV-Versorgung durch die Wohnbau bei Kostenbeteiligung der Nutzer. Die Vorgaben wurden zum Teil in den Grundbüchern festgeschrieben, zum Teil in gesonderten Verträgen. Beim Eintrag ins Grundbuch geht die Belastung an spätere Käufer der Im-



Solche Fassaden möchte die Wohnbau im Demo vermeiden, deshalb gibt es zum Beispiel Vorgaben bei der farblichen Gestaltung und das Verbot von Satellitenschüsseln. Allerdings halten sich nicht alle an diese Einschränkungen - die Wohnbau nimmt es hin. Aber bei der Nutzungspauschale für die Fernsehversorgung will sie keine Zugeständnisse machen. Foto: dpa

mobilien über. Bei einer vertraglichen Regelung sollte der Verkäufer diese Verpflichtung an den Käufer weitergeben.

Etliche Demo-Bewohner beklagen, dass es in jüngster Zeit öfter Empfangsprobleme bei der Wohnbau-Anlage gab. Zudem sei das Programmangebot unzureichend. Deshalb wollen viele ihr TV-Signal nicht mehr über die Wohnbau, sondern von anderen Anbietern beziehen. So schließt die Firma süc//dacor das Demo ans Glasfasernetz an, das ermöglicht ganz neue Angebote, zum Beispiel in Verbindung mit Internetzugang.

Die Wohnbau aber winkt ab: Man sei zwar bereit hinzunehmen, wenn sich Einzelne per Satellitenschüssel versorgen, die Anschlusspauschale müsse aber - unabhängig von der Nutzung - weiter bezahlt werden. „Wir

müssen darauf bestehen, diese Kosten zu erheben“, sagt Geschäftsführer Willibald Fehn. „Wir wollen niemanden von irgendeinem Zugang abschneiden, aber wir haben die Aufgabe, alle preisgünstig zu versorgen.“ Wenn viele aussteigen, wachse für die übrigen die finanzielle Belastung.

Darüber hinaus investiert die Wohnbau einen größeren Betrag in die Ertüchtigung der Empfangsanlage. Die Monatspauschale wird dadurch auf sieben Euro steigen. Die Amortisation der Kosten wackelt, würden viele Demo-Bewohner die „Empfangsgemeinschaft“ verlassen. Fehn: „Ich bin sicher: Wenn wir auf die neue Technik umgestellt haben und die Leute die Qualität sehen, werden sie zufrieden sein. Auch Störungen haben dann ein Ende.“

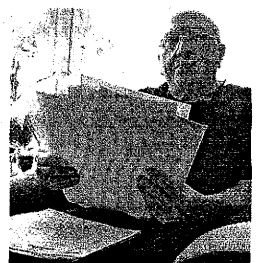
So lange wollte Edmund Frey nicht warten. Er hatte in den 90er Jahren ein Reihenhaus im Demo gekauft und unter anderem auch die Anschlussverpflichtung übernommen. Vor einiger Zeit installierte er aber eine Satschüssel, um Programme zu empfangen, die die Wohnbau nicht anbietet - und zahlte zunächst die Pauschale weiter. Doch später sah er diese Kosten nicht mehr ein - Frey schrieb eine Kündigung. „Es muss doch ein Kündigungsrecht möglich sein!“

Doch die Wohnbau lehnte ab, und zwar mit Verweis auf vertragliche Verpflichtungen. Frey argumentierte wiederum seitenweise, denn in seinem Grundbuch findet sich kein Eintrag über einen Anschlusszwang. Die Antwort der Wohnbau folgte: Kündigung zum Jahresende akzeptiert! Begründung: Der vor-

herige Eigentümer des Hauses habe beim Verkauf die Verpflichtung nicht an Frey weitergegeben.

So wie Edmund Frey tragen sich nun einige Haus- und Wohnungseigentümer im Demo mit dem Gedanken, wie sie aus dem Anschlusszwang herauskommen. Ihr Wunsch kollidiert mit dem Interesse der Wohnbau auf Bezahlung für den Unterhalt der technischen Einrichtungen. Was tun? Lösungsvorschlag für beide Seiten von Edmund Frey: „Zusammensetzen, miteinander reden, gemeinsam eine Lösung finden.“

Der Wohnbau-Geschäftsführer Willibald Fehn sieht noch eine Alternative: „Das Netz verkaufen und der neue Eigentümer kann dann neue Verträge machen, allerdings sicher zu schlechteren Konditionen.“



Der Schriftwechsel mit der Wohnbau und sonstiger Papierkram waren umfangreich, aber letztlich von Erfolg gekrönt: Die Kündigung von Edmund Frey wurde akzeptiert.

Wer sich näher informieren will, kann sich wenden an: Norbert Sauer unter Telefon 30826, oder Edmund Frey, Telefon 33108.